



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
- L 215 -

Kiel, 16. Juli 2009
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1141
Fax (0431) 988 1156

K u r z b e r i c h t

über die

107. Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses

*am Donnerstag, dem 16. Juli 2009,
im Sitzungszimmer 139 des Landtages*

Beginn: 14:10 Uhr

Der Ausschuss nahm einen Bericht des Innenministeriums über geplante **Maßnahmen zur Kompensation von Einsatzbelastungen für die Landespolizei - Beschlüsse der Amts- und Behördenleiter vom 29. Juni 2009** - entgegen. Hieran schloss sich eine Aussprache an.

Zum Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und SPD, **Neuregelung der Wahl der Landrättinnen und Landräte und zur Einführung eines Verwaltungsausschusses**, Drucksache 16/2766, beschloss der Ausschuss, eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Die Fraktionen wurden gebeten, ihre Anzuhörenden innerhalb einer Woche zu benennen.

Der Ausschuss schloss außerdem seine Beratungen zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Verlängerung der Altfallregelung für Flüchtlinge aufgrund der Wirtschaftskrise**, Drucksache 16/2547, ab. Mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfahl er dem Landtag die Ablehnung des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/2547. Gleichzeitig sprach er einstimmig die Empfehlung an den Landtag aus, die Landesregierung damit zu beauftragen, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um für die Inhaber von Probeaufenthaltserlaubnissen nach §§ 104 a und 104 b AufenthG den Aufenthalt in Schleswig-Holstein über den 31. Dezember 2009 hinaus zu verlängern.

Die Ausschussmitglieder beschlossen außerdem, zu den Vorlagen Gesetzentwurf des Abgeordneten Kayenburg zur **Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein**, Drucksache 16/2746, Antrag des Abgeordneten Kayenburg, **Klage vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Verankerung der Schuldenregelung in Artikel 109 Abs. 3, Sätze 1 und 5 GG**, Drucksache 16/2747, und zum Antrag der Fraktionen von CDU und

SPD, Haushalt konsolidieren - Neuverschuldung auf Null reduzieren, Drucksache 16/2771
Absatz 4, eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Die Fraktionen wurden gebeten, ihre
Anzuhörenden innerhalb einer Woche zu benennen

Schluss: 14:33 Uhr

gez. Dörte Schönenfelder